

die Tabakindustrie eine Ausnahme machen sollen. Es wird behauptet, daß ein Übergang zu den billigen Cigarrenorten stattfinden wird. Dieser Übergang wird aber gerade der Hausindustrie zu gute kommen, weil diese nur billige Fabrikate produziert. Der Hausindustrie wird jedoch die Produktkontrolle keine Schwierigkeiten bereiten, denn wir haben für sie die Kontrolle so leicht wie möglich gemacht. In Amerika hat sich die Produktion trotz der Fabriksteuer gehoben. Der Kleinhandel wird ebenfalls nicht zu fürchten haben. Ueber die Faktorensteuer dachte man im Reichstag früher anders als heute. In dem Kommissionsbericht über das Vörsensteuergesetz von 1885 wurde die Faktorensteuer sogar empfohlen. Jetzt stellt man eine Defraudations-Statistik auf. Es geht nicht so viele Leute, glaube ich, die äußerer Vorteile wegen sich eine Hinterziehung des Gesetzes zu Schulden kommen lassen werden, ich habe zur Ehrenhaftigkeit des deutschen Handelsstandes ein größeres Vertrauen als die Vertreter der Tabakindustrie selbst. Ein Blatt hat sich sogar nicht entschlossen zu schreiben, das Loos des Tabakfabrikanten werde noch schlimmer werden als das eines ehemaligen Buchhändlers, der unter Polizeiaufsicht stünde. (Heiterkeit.) Es ist nachgewiesen, durch direkte Reichsteuern können wir den erhöhten Bedarf des Reiches nicht decken. Auch bestand bei Annahme der Militärvorlage darüber omnium consensus, daß die Steuern nicht durch Erhöhung der Matrifularbeiträge gedeckt werden dürften. Also blieb nichts übrig als neue indirekte Steuern vorzuschlagen, und zwar nicht auf Lebensmittel. — Die sind bereits genügend hoch besteuert (sehr richtig! links) —, sondern auf Genussmittel: und da blieb uns nur der Tabak übrig. Von den berufenen Vertretern der Tabakindustrie ist nachgewiesen, daß durch prozentuale Steigerung der Zehnersteuer und des Eingangszolles höhere Erträge nicht zu erwarten sind, es blieb nichts übrig als die Fabriksteuer, die gegenüber der jetzigen Inlandsteuer den großen Vorzug hat, daß sie nicht so nahe an der Produktion steht, und in Folge dessen nicht den Tabakbauer, sondern den Konsumenten belastet. Man wendet ja gegen die Weinsteuer ein, daß sie den Winer trifft. In der Tabaksteuer beschwerten wir den umgekehrten Weg. Wir wollten den Konsumenten belassen, und ich hoffe, daß diejenigen, die gegen die Weinsteuer sind, auch aus diesen Gründen für die Tabaksteuer stimmen werden. Als der Ratier mich zum Schatzsekretär ernannte, erschien in einem rheinischen Blatt ein Artikel, in dem gesagt war, der neue Schatzsekretär sei eine Art „Streckbank“ für den preussischen Finanzminister. (Sehr richtig! links.) Wenn nun der Abg. Richter den Schatzsekretär fragen würde, was er sich bei der und der Bestimmung des Gesetzes denke, so würde der neue Schatzsekretär verlegen unter der Heiterkeit des Hauses schweigen, oder der preussische Finanzminister würde reden und würde mit viel Verehrlichkeit und Gründen beweisen: der neue Schatzsekretär hat sich unter dieser Bestimmung das und das gedacht. (Heiterkeit.) Gegenüber solchen Äußerungen, in denen auch nach der Haltung, die ein großer Theil der Presse gegenüber den Steuervorlagen eingenommen hat, ein ernst hintergedachte liegt, ist klar zu legen, wo der Schwerpunkt und die Verantwortung für diese Gesetze liegt. Diese Reichsgesetze sind im Reichshausamt unter meiner Leitung ausgearbeitet, der Reichskanzler hat sie gut geheißen, sie sind dem Bundesrath vorgelegt, dort sehr eingehend beraten worden und so zu einer Vorlage der Verbündeten Regierungen geworden. Die Regierungen denken gar nicht daran, auch nur eine dieser Vorlagen zurückzuziehen oder abzuweichen. Sie bestehen auf einer eingehenden Durchberatung, und die Regierungen geben sich der Hoffnung hin, daß Sie sie im Interesse des Vaterlandes annehmen werden. (Widerpruch links und im Centrum, Beifall rechts.)

Abg. Friken (Centr.): Ich glaube und hoffe nicht, daß die Tabaksteuervorlage, wie sie vorliegt, zu einem Gesetz wird. Der Staatssekretär wies darauf hin, daß hinsichtlich der Schuldenbelastung Deutschland bereits in der dritten Reihe der Großstaaten rangire, er hat vergessen, daß wir in Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg ein ausgebreitetes Staatseisenbahnsystem haben, wie es in keinem andern Staate besteht, und daß in Preußen ein wesentlicher Theil der Staatsschuld Eisenbahnschuld ist, die sich selbst verzinst. Bei der Bewilligung der Militärvorlage herrschte Einverständnis, daß die unteren und ärmeren Klassen nicht mehr belastet werden sollten. Ich halte keineswegs eine Erhöhung der indirekten Steuern für ausgeschlossen, aber das wird niemand leugnen, daß durch die indirekten Steuern die unteren und mittleren Klassen bereits hoch belastet sind. Bei seinem Vorgehen gegen eine direkte Reichsteuer hat der Schatzsekretär gegen Windmühlen gekämpft. Denn in diesem Reichstag wird sich keine Majorität für eine Reichseinkommen- und Reichsverkehrssteuer finden. Bei der Agitation mögen hier und da Ueberhebungen vorgekommen sein, die man jedoch nicht denen zur Last legen kann, die von den Steuern unmittelbar getroffen werden. Auch bei der Agitation des Bundes der Landwirthe gegen die Handelsverträge sind große Ueberhebungen vorgekommen. Die Agitation gegen ein solches Gesetz wird immer über das Ziel hinauschießen, und wir dürfen uns dadurch nicht abhalten lassen; sie in ihrem Kern zu würdigen. Aus ihr geht hervor, daß in den betheiligten Kreisen gegen diese Tabaksteuer eine so große Abneigung besteht, daß der Reichstag sich hüten sollte, darauf einzugehen. Wenn auch die Abgeordneten in manchen Fragen, z. B. in Fragen des Rechts- und Verfassungslebens lebhaft nach ihrer Ueberzeugung abstimmen dürfen, wo es sich um materielle Interessen handelt, thut der Abgeordnete wohl daran, sich mit seinen Wählern und der öffentlichen Volksstimmung in Fühlung zu setzen. Ich wenigstens scheue mich gar nicht, in solchen Interessenfragen auf die Wähler Rücksicht zu nehmen. Man kann es einer Industrie nicht bezargen, wenn sie sich mit allen Mitteln gegen diese Steuer zur Wehre setzt, nachdem sie in den letzten Jahren fortwährend beunruhigt worden ist wie keine andere Industrie im ganzen Deutschen Reich. (Sehr richtig! links und im Centrum.) — Redner schilbert eingehend die Geschichte der Tabaksteuer vom Jahre 1868 an. Einmal sei sogar das Monopol aufgetaucht, verschiedene Male sei unter dem Minister Scholz das Wort gefallen: Der Tabak müsse mehr bluten. Und nach 1890 sei der Antrag Menzer auf Erhöhung des Tabakzolls gekommen. — Der „Reichsanzeiger“ verkündigte am 15. November 1892, daß eine Besteuerung des Tabaks in irgend einer Form nicht beabsichtigt wäre. Der neue Reichstag genehmigte die Militärvorlage, und zwar mit der Modifikation, daß die Kosten nicht auf die Schultern der ärmeren Klassen gelegt werden sollten, (Zustimmung) und daß die Landwirtschaft nicht belastet werden solle. In den Vorschlägen der Tabak- und Weinsteuer hat dieses Versprechen eine Erfüllung nicht gefunden. Der Reichskanzler hat wohl nur erklärt, er wolle versuchen, es zu thun, aber er hat eben nicht genug versucht. Die Begründung der Tabaksteuer ist eine rein steuertechnische, während von sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten ganz abgesehen ist. Der Schatzsekretär operirte mit Zahlen, welche von den Interessenten in der Ergänzung dieses Mangels der Vorlage angegeben sind. Ich hätte gewünscht, daß er das ganze, ihm zur Verfügung stehende Material vorgebracht hätte. Denn den Interessenten steht eben das Material nicht so zu Gebote, wie den verbündeten Regierungen. Die Wirkungen der Tabaksteuer erstrecken sich sowohl auf die Konsumenten als auch auf die in der Tabakbranche beschäftigten Arbeiter. Der Tabak ist ein ganz unentbehrliches Gebrauchs- und Genussmittel geworden, und steht in dieser Beziehung dem Kaffee ganz gleich. (Widerpruch rechts, lebhafter Zustimmung links und im Centrum.) Gewiß ist er nach dem Mittag und der Abendmahlzeit für viele

unentbehrlich. Ich selbst habe die Unentbehrlichkeit des Tabaks 1866 nach der Schlacht von Königgrätz persönlich erfahren. Die Truppen waren in einer schlechten Lage, die Wagenkolonnen waren ausgeblieben, die Truppen mußten in den Dörfern zu bekommen suchen, was eben zu haben war. So lange die Truppen Tabak hatten, waren sie munter, sobald sie keinen mehr zu rauchen hatten, stand die Kolonne still. — Wenn jetzt die 6-Pfennig-Cigarre zu 7 bis 8, die 4-Pfennig-Cigarre zu 5 Pfennigen verkauft wird, so ist das keine Kleinigkeit. Denn das ist eine Preisvertheuerung um 20 Prozent. Im Jahre macht das für den kleinen Mann 18 Mark aus. Es ist glaubhaft nachgewiesen, daß die Cigarren, die 4, 5, 6 Pfennige kosten, 89 1/2 Prozent des ganzen Konsums ausmachen. Daraus folgt unwiderleglich, daß die Kosten der Tabaksteuer wesentlich auf die unteren und mittleren Klassen fallen. Noch mehr als auf die Konsumenten wirkt diese Steuer auf die ganze Tabakbranche. Die Angaben in den Schriften der Tabakinteressenten, daß es sich um 15 000 Arbeiter handelt, sind gar nicht so übertrieben, wie es der Schatzsekretär darstellte. Es ist doch bekannt, daß gerade in der Tabakbranche viele kleine Betriebe sind. Die Steuererhöhung 1879 hat einen Konsumrückgang von 1,8 auf 1,5 Kilogramm zur Folge gehabt. Nehmen Sie aber bloß 15 000 Arbeitslose an, so werden alle, die der sozialen Politik des Reiches zugestimmt haben, sich überlegen müssen, ob sie einer Maßregel zustimmen sollen, die eine solche Arbeiterentlassung zur Folge hat. Außerdem werden eine große Anzahl kleiner Betriebe um ihre Existenz gebracht. Die großen Betriebe können dies Gesetz aushalten. Die Tabakpflanzer wissen doch selbst ihr Interesse wahrzunehmen, und da hat sich gezeigt, daß ein großer Theil ihnen mit diesem Gesetz durchaus unzufrieden ist, wie die noch kürzlich dem Reichstag zugegangene Petition beweisen. Gerade der inländische Tabak wird unter dem Konsumrückgang am meisten zu leiden haben. Auch die Industriezweige leiden, welche die Verpackung des Tabaks besorgen, z. B. die Papierindustrie. Neben diesen Geschäften giebt es noch eine ganze Masse von Geschäften, die Tabak und Cigarren im Nebengewerbe betreiben, sie werden auf 60 000 geschätzt; in kleinen Städten und auf dem Lande ist es die Regel, daß der kleine Krämer ohnehin schon unter den schlechten Verhältnissen leidet, Cigarren führt. So richtig der Einwand für das Gesetz, es werde die brutale Gewichtsteuer beseitigt, an sich ist, er richtet sich gegen den ganzen Zolltarif und trifft auch auf den Kaffee, Wein u. a. zu. Der Vergleich mit anderen Staaten, namentlich mit Frankreich und England, die einen wesentlichen Nutzen von der Tabaksteuer hätten, ist durchaus unzutreffend. Sie sind nicht nur viel reicher als wir, sie haben auch zu einer Zeit, wo die Tabakindustrie dort noch nicht in dem Maße ausgedehnt gewesen ist wie bei uns, das Tabakmonopol eingeführt, aus dem sie ihre hohen Erträge erzielen. Was wird mit diesem Gesetze erzielt? Es sollen 45 Millionen mehr herausgeschlagen werden, ich glaube, es werden höchstens 40 Millionen sein. Und womit sollen diese 40 Millionen erlauft werden? Mit der Existenz einer großen Anzahl von kleinen Betrieben, welche schon bisher nicht in der Lage waren, eine befriedigende Existenz zu führen; sie sollen erlauft werden mit der Unzufriedenheit großer Volkskreise, welche noch weiter zu führen, nicht in unserem Interesse liegen kann. Die Parteien, welche in den letzten 10 Jahren auf Grund der Allerhöchsten Verfassung vom 16. November 1831 die Sozialpolitik energisch in die Hand genommen haben, müssen Bedenken haben, einen solchen Vorlage zuzustimmen. Hinter dieser Vorlage wird sich ein bedenklich drohendes Stück sozialer Frage aufthun. Ich kann im Namen meiner politischen Freunde erklären, daß wir dieser Vorlage, so wie sie vorliegt, nicht zustimmen können. Von einer umfassenden Finanzreform kann nicht die Rede sein. Wir müssen uns beschränken, diejenigen Mittel zu beschaffen, welche zur Deckung der Kosten der Heeresvorlage nöthig sind und in schonender Weise beschafft werden können. (Sehr richtig! im Centrum und links.) Wenn ich von der Nutztungs- und Frachtsteuer absehe, so werden die übrigen Stempelsteuern, die Vörsensteuer einschließlich der Cheksteuer 25 Millionen Mark bringen. Gegen eine Kunst- und Schaumweinsteuer habe ich auch nichts einzuwenden, diese würde 5 Millionen einbringen und wenn eine Erhöhung auf ausländische Tabakfabrikate hinzukommt, so erhalten wir wieder 5 bis 6 Millionen, im Ganzen also 35–36 Millionen. Für dieses Jahr betragen die erhöhten Militärausgaben 42 Millionen; es bleiben also noch 5 Millionen zu decken übrig. Ich würde lieber 7 Millionen aus Matrifularbeiträgen decken als 45 Millionen aus einer Tabaksteuer nehmen, die Unzufriedenheit erregt. Der Reichsschatzsekretär v. Walbarg hat den natürlichen Zuwachs an Mehreinnahmen des Reichs bis zum Jahre 1898/99 auf 83 Millionen berechnet. Nehmen wir nur die Hälfte an, und die werden wir sicher bekommen, dann werden diese 40 bis 50 Millionen genügen, nicht nur um die Beträge, die jetzt durch Matrifularbeiträge aufgebracht werden, zu ersetzen, sondern auch die wachsenden Ausgaben für Militärausgaben, die schließlich 56 Millionen betragen, zu decken. Lassen Sie sich nicht bange machen, es wird schwarz gemalt, und im preussischen Landtage wird noch schwarzer gemalt werden. Die finanziellen Verhältnisse in Preußen liegen nicht so schlecht, wie man es darstellt. (Sehr richtig! links und im Centrum.) Sie liegen sogar günstig und ein wirtschaftliches Defizit besteht nicht. Ich bitte Sie also, diese Vorlage nicht anzunehmen. (Lebhafter Beifall im Centrum.)

Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.): Man hat kein Recht, der Regierung vorzuwerfen, daß sie durch die Einbringung dieser Steuervorlagen ihr Versprechen bezüglich der Deckungsfrage nicht gehalten habe. Der Reichskanzler hat durchaus nicht mit Bestimmtheit behauptet, daß er keine Tabakbesteuerung bringen werde. Es ist nur das Versprechen gegeben worden, keine Bier- und Branntweinsteuer einzubringen. Jeder halbwegs gebildete Mensch mußte damals voraussetzen, daß die Regierung die Tabaksteuer bringen würde. (Widerpruch links.) Man war nur im Zweifel darüber, ob das Monopol oder die Werthsteuer kommen würde. Ich bin der Regierung dankbar dafür, daß sie diesmal das Monopol nicht gebracht hat. Wenn jetzt die Fabriksteuer abgelehnt wird, so wird die Beunruhigung nicht beseitigt werden, sondern nur noch zunehmen, denn dann wird das Monopol als drohendes Schwert über der Industrie schweben. Ein bringendes Lebensbedürfnis ist der Tabakgenuss nicht. Die Preise des armen Mannes wird nicht ausreichen, denn der arme Mann wird von der Cigarre wieder mehr zur Pfeife übergehen. Durch die bisherige Gesetzgebung wurde die Verwendung des ausländischen Tabaks auf Kosten des inländischen begünstigt. Das vorliegende Gesetz wird in dieser Hinsicht eine Aenderung herbeiführen. Es ist auch nicht wahr, daß die Tabakpflanzer Gegner des Gesetzes sind. Die elassischen Pflanzern haben die Vorlage mit Jubel aufgenommen, weil sie davon einen Aufschwung des jetzt darniederliegenden Tabakbaues erhoffen. Ähnlich hat man sich in der bairischen Kammer ausgeprochen. Sachverständige haben mir versichert, daß die Qualität des inländischen Tabaks durch rationelle Behandlung verbessert werden könne. Durch eine Hebung des inländischen Tabakbaues würden Hunderttausende in der Landwirtschaft lohnende Beschäftigung finden. Gegenüber dieser Zahl würde die Zahl der Arbeiter, die etwa in der Industrie entlassen werden, eine verschwindende sein. Man könnte es nur mit Freuden begrüßen, wenn die vielen Mädchen, die jetzt in der Tabakindustrie

beschäftigt sind, wieder in den landwirtschaftlichen Betrieb, in das Gefindeverhältnis zurückkehren würden. Uebrigens ist man den Bemerkungen schuldig geblieben, daß Arbeiterentlassungen stattfinden werden. Es ist auch nicht der Beweis erbracht, daß der Mann, der bisher eine 5-Pf.-Cigarre geraucht hat, nunmehr nicht eine 4-Pf.-Cigarre rauchen wird. In Frankreich und Amerika ist trotz hoher Steuern der Konsum nicht zurückgegangen. Warum sollte er also gerade bei uns zurückgehen? Die Konkurrenz durch die auf der Straße liegenden Arbeiter hat sich durch die vermehrte Heeresstärke sehr vermindert, diese Vermehrung der Heeresstärke gleicht einer Entlassung von 20 000 Arbeitern, die angenommen wird — ich nehme es nicht an — volkswirtschaftlich aus. Arbeiterentlassungen in der Industrie würden ein Zurückströmen auf das platte Land veranlassen, was mir begünstigen sollten. Die Kontrollbestimmungen sind für die Branntwein- und Zuckersteuer mindestens ebenso scharf als sie in diesem Gesetze verlangt werden. Was der Landwirtschaft recht ist, sollte der Industrie billig sein. In Amerika soll die Kontrolle noch schärfer sein. Es wäre gar nicht zu bedauern, wenn das Gesetz die Wirkung hätte, daß man von der Cigarre zur Pfeife überginge, denn das Pfeiferauchen ist gesünder. Ich möchte nicht, daß durch höhere indirekte Steuern die Matrifularbeiträge aufgehoben werden. Ich halte diese für notwendig, und man darf sie nicht sofort aufheben. Auf der linken Seite hat man die Aufhebung der Liebesgabe zur Deckung der erhöhten Militärausgaben verlangt. Wie kann man das der Regierung in dem Augenblicke zumuthen, wo sie erklärt, daß sie die Landwirtschaft schonen will? Die Steuerlasten sind bei uns geringer als in anderen Ländern, und man hat keinen Grund, zu behaupten, daß wir überlastet seien. Die Tabaksteuer gereicht in ganz entschiedener Weise unserer einheimischen Landwirtschaft zum Vortheil. Meine politischen Freunde haben den Wunsch, daß die Wein- und Tabaksteuer an eine besondere Kommission verwiesen wird.

Abg. Bassermann (natl.): Ein Theil meiner politischen Freunde hält die Vorlage für annehmbar und steht in ihr nicht eine schwere Gefährdung der Industrie und der Arbeiterwelt. Ein anderer Theil, zu dem auch ich gehöre, kann in ihr nicht ein Steuerideal, wie der Abg. v. Stumm, erblicken, sie hat erhebliche Bedenken zunächst allgemeiner politischer Natur. Sie stehen zum Theil in der Signatur der letzten Wahlen, der wir Rechnung tragen müssen. Die Deckungsfrage stand im Vordergrund, und kein Kandidat konnte sich einer festen Stellungnahme entziehen. Fast jeder mußte erklären, die schwachen Schultern sollten zu wackeln. Der Reichskanzler hat sogar nicht bloß von leistungsfähigen, sondern von leistungsfähigsten Schultern gesprochen. Hätten wir solche Erklärungen abgegeben, dann wäre die Zusammenfassung des Reichstags noch eine andere geworden. (Sehr richtig!) Wir hätten eine Lu x u s s t e u e r gewünscht, und wenn sie auch nur eine Summe von 15–16 Millionen ergeben, so wäre das ein erheblicher Beitrag zu den Heereslasten gewesen. Auch eine W e h r s t e u e r halten wir für durchführbar. Wir glauben auch, daß die Regierung sich wohl nun früher oder später wird entschließen müssen, zu einer Reichseinkommen- oder Reichsverkehrssteuer überzugehen; denn die Konsumsteuer wird ihr bei jeden Wahlen neue Schwierigkeiten bereiten. (Sehr richtig!) Wir bedauern, die Verquickung der Finanzreform mit der Tabak- und Weinsteuer, weil wir nicht wollen, daß diese Steuern unter dem Titel Finanzreform eingeschuggelt werden. Die Folge der Annahme der Vorlage wird zweifellos ein erheblicher Konsumrückgang sein, der entgegen den Ausführungen des Schatzsekretärs auch in der offiziellen Vorlage anerkannt wird. Schon die schlechten Zeiten bewirten einen Rückgang im Cigarrenkonsum, wie es im Bericht des bairischen Fabrikinspektors anerkannt wird. Auch 1879 ist ein Konsumrückgang eingetreten, wie die Interessenten damals vorhergesagt. Da die Belastung jetzt noch stärker ist, wird auch der Konsum erheblich sinken. Die kleinen Betriebe, die sich ziemlich über ganz Deutschland vertheilen, werden zu Grunde gerichtet, Wirtschaftlich und sozialpolitisch ist die Schonung dieser Industrie aber durchaus geboten. Daß hohe Werthzölle die kleine Industrie ruiniren, beweisen die Erfahrungen, die wir beim Brennererzgewerbe gemacht haben. Die weitere Folge der Steuer, daß Arbeiterentlassungen stattfinden, ist unvereinbar mit unsern sozialpolitischen Gesetzen. Der Schatzsekretär hat an die Humanität der Arbeitgeber appellirt. Die Humanität hört auf, wenn die Leistungsfähigkeit der kleinen Fabrikanten aufhört. (Zustimmung.) Auch die Landwirtschaft wird geschädigt; denn im Süden geben die Söhne und Töchter der kleinen Bauern in die Fabriken, um einen Aufschuß zu den Haushaltungskosten zu verdienen. Man schädigt die Eltern, wenn die Kinder auf die Straße geworfen werden. Die neuen Steuervorlagen haben viele Leute zu Sozialdemokraten gemacht. Auch vom Standpunkt des inländischen Tabakbaues muß die Vorlage in der gegenwärtigen Form abgelehnt werden. Die Verwendung ausländischen Tabaks muß zunehmen, zumal bei dem ungenügenden Schutzoll. In der Pflanzerkontrolle kann ich nicht eine Verbesserung der Lage unserer Pflanzern erblicken. Die Kontrolle wird bei unsern deutschen bureaukratischen Wesen noch mehr verschärft werden, als es das Gesetz beabsichtigt. (Sehr richtig!) Durch dies Gesetz wird die Zufriedenheit nicht erreicht werden. Ich für meine Person bin aus allen diesen Gründen gegen die Steuer. Ein Theil meiner politischen Freunde ist aber geneigt, Mehreinnahmen aus dem Tabak in Form der Erhöhung des Zolls zu bewilligen. Diese Steuer ist der Anfang einer Steuerkrawe für den Tabak und führt zum Monopol, für das ich und ein großer Theil meiner Freunde nicht zu haben ist. (Beifall links.)

Die weitere Berathung wird nunmehr auf Freitag 1 Uhr verlagert. Schluß 6 Uhr.

Die Krisengerüchte.

□ Berlin, 11. Jan.

Ein wahrer Sport wird jetzt mit Krisengerüchten getrieben. Der Klatsch blüht wie selten, und im Reichstage noch mehr als in der Presse. Jede noch so wunderliche Erzählung wird geglaubt oder wenigstens mit großem Vergnügen an der vorgetragenen Pikanterie mit angehört. Was einige Blätter über die vermeintlichen Äußerungen des Herrn Miquel auf seiner neulichen Soiree mitgetheilt haben, ist noch gar nichts gegen die Geschichten, die man heute im Reichstagsfoyer über den Miquel-Abend vorgelesen bekam. Und dabei ist sich eigentlich alle Welt einig darin, daß diese Dinge, selbst wenn sie wahr wären, was sie aber nicht sind, im Grunde nichts bedeuten. Es ist ja möglich, daß Herr Miquel in der angeregten Raune einer zwanglosen Tischunterhaltung Manches hingeworfen hat, was mit der Stunde, die es geboren, auch wieder vergehen sollte. Wird dergleichen aber in möglichst auffälligem Auspruch als gewissermaßen programmatische Kundgebung verbreitet, so bekommt es einen Charakter, der ihm unter keinen Umständen gebührt. Wir sind mit manchen anderen sorgsam Beobachtern der gegenwärtigen Lage der gut unterstützten Ueberzeugung, daß es Gegenstände an leitenden Stellen wenigstens bis vor Kurzem gegeben hat. Aber die Natur, die ihnen in der Presse zugeschrieben worden ist, haben diese Differenzen wohl

nicht gehabt. Man hat es weniger mit einem Gegeneinander persönlicher Bestrebungen zu thun, als vielmehr mit Meinungsverschiedenheiten von sonst übereinstimmenden Männern über Einzelheiten solcher Gebiete, für die ebenfalls in der Hauptsache Uebereinstimmung zwischen ihnen vorhanden ist. Ein solches Gebiet ist der russische Handelsvertrag, welcher niemals gewesen. Die Lage müßte allerdings den Charakter einer sehr scharfen Krise angenommen haben, wenn in Bezug auf diese Kernfrage der Reichspolitik die Uebereinstimmung zwischen dem Grafen Caprivi und dem preussischen Staatsministerium gefehlt hätte. Dagegen hat es trotz der offiziellen Ablehnungen verschiedene Meinungen darüber gegeben, wie der konservative Widerstand taktisch zu behandeln wäre, und diese Frage hat dann weiterhin in sachliche Gegenstände über Einzelmaterien hineingeführt, so über Identitätsnachweis und Staffelfarise, wie auch über die bedeutsamen Fragen, die mit der Errichtung der Landwirtschaftskammern zusammenhängen.

Der Eifer, mit dem seit einigen Tagen alle Krisengerüchte ohne Ausnahme zurückgewiesen werden, scheint für jeden Kenner der Vorgänge weit über das Ziel hinaus. Immerhin läßt die ausgedehnte Lust am Berichtigten den Schluß zu, daß jene Meinungsgegenstände inzwischen im Wesentlichen beglichen worden sind. Anderenfalls wäre schon früher die Maschinerie der Devisen in Bewegung gesetzt worden. Heute hat das Staatsministerium unter dem Vorsitz des Kaisers über die Lage der Grundbesitzer und über den Gesetzentwurf, betreffend Errichtung von Landwirtschaftskammern beraten. Ein solcher Kronrath pflegt nicht abgehalten zu werden, um schwierige Fragen, die noch nicht spruchreif sind, erst in Angriff zu nehmen, sondern er setzt gewissermaßen das Tüpfelchen auf das i. So ist es wohl zweifellos, daß der Kronrath mit der Genehmigung der Landwirtschaftskammern in der Form, wie diese Materie jetzt an den preussischen Landtag gebracht werden soll, geendigt hat. Nach Allem, was man darüber vernimmt, wird der Gesetzentwurf von der einschneidendsten Wichtigkeit sein. Er wird den Rahmen für eine Organisation abstecken, deren weiterer Ausbau den Raum für agrarische Reformen der gesammten Rechtsverhältnisse des Grundbesitzes bereitstellen wird. Ob man außerhalb der agrarischen Kreise mit dem Entwurf wird zufrieden sein dürfen, darüber läßt sich selbstverständlich heute, beim Mangel genauerer Mittheilungen, ebenso wenig etwas sagen, wie über die weitere Frage, ob die Landwirtschaft selbst durchweg ihre Freude an der Reform wird haben können. Jedenfalls bekommt die Landtagsession, die ursprünglich nicht mit wichtigeren Angelegenheiten besetzt werden sollte, durch diese Vorlage einen starken und mächtigen Inhalt.

Als neu fällt in der Mittheilung des „Reichsanz.“ über den Kronrath auf, daß hier zum ersten Male der Beratungsgegenstand einer solchen Sitzung angegeben wird. Bisher war es immer nur üblich, amtlich mitzutheilen, daß ein Kronrath stattgefunden habe, und darüber, was den Gegenstand der Verhandlungen gebildet hat, war man auf private Erkundigungen angewiesen. Die Neueinrichtung des amtlichen und halbamtlichen Presswesens, die vor einigen Wochen angekündigt wurde, beginnt somit in billiger Weise erkennbar zu werden.

Deutschland.

□ **Berlin, 11. Jan.** [Das Scheitern der Tabaksteuer-Vorlage. Hauptmann Nagmer.] Die Beratung des Tabaksteuergesetzes beginnt für die verbündeten Regierungen unter ungünstigen Aspekten. Die Rede des Centrums-Abgeordneten Fritzen enthält ein Todesurtheil für die Vorlage, und wenn auch ein Theil des Centrums bereit sein wird, anderweitige Vorschläge zur Steigerung der Erträge aus der Tabaksteuer entgegenkommend zu behandeln, so ist es zweifellos, daß jede Möglichkeit einer Mehrheit für den Entwurf in seiner jetzigen Gestalt absolut ausgeschlossen erscheint. Auch von den Konservativen und den Nationalliberalen wird ein jedenfalls ansehnlicher Bruchtheil gegen die Vorlage stimmen. Bei solcher Sachlage macht der Aufwand von Verebfamkeit, mit dem sich der Schatzsekretär heute an den Reichstag wandte, durchaus nicht den Eindruck, den sich der Redner davon versprechen mochte. Er hat nur die leere Luft erschüttert. Raum dreißig Abgeordnete hörten ihn an, die übrigen zogen es vor, sich im Jockey mit Krisengerüchten zu unterhalten, und je kräftiger das Pathos des Grafen Posadowsky dahinrollte, desto sonderbarer erschien das monologartige Wesen dieses zweistündigen Redeorgans. Nur Einer war heute auf der Seite der Vorlage zu finden, Einer, dessen Bewilligungslust allmählich märchenhaft zu werden beginnt. Man braucht ihn kaum zu nennen; es ist der Freiherr v. Stumm, auf den neue Steuern eine wahrhaft bezaubernde Wirkung zu haben scheinen. — Zu den Geschichten, die im Reichstage heute besonders interessirten, gehört natürlich auch die von der hinter dem Rücken des Reichskanzlers erfolgten Ernennung des Hauptmanns v. Nagmer zum Gouverneur von Kamerun, eine Ernennung, die dann zurückgenommen werden mußte und mit der das legendenhafte Entlassungsgesuch des Reichskanzlers zusammenhängen sollte. Die Geschichte stimmt zwar nicht ganz, aber etwas Wahres ist insofern daran, als der Kaiser den genannten Offizier in der That als Kommandeur der Kolonialtruppe haben wollte. Der Kaiser versagte jedoch schließlich nach dem Vorschlage des Grafen Caprivi, und Hauptmann Morgen wurde nach Kamerun entsendet.

— Wolffs Bureau meldet noch ausdrücklich: Die Centrumsfraktion des Reichstages lehnte gestern einstimmig die Tabaksteuer-Vorlage ab, die damit gefallen ist.

— Die „Nat. Ztg.“ meldet heute in Bestätigung früherer Nachrichten nochmals: Die Verhandlungen über den deutsch-russischen Handelsvertrag können nunmehr als in allen wesentlichen Punkten abgeschlossen erachtet werden. Das Ergebnis wird zunächst dem auf den 17. d. M. einberufenen Zollbeirath mitgetheilt werden; es ist für diesen ein sehr umfangreiches Material vorbereitet.

— Prof. v. Sybel, der Direktor der Staatsarchive, wird, wie schon in Kürze gemeldet, binnen kurzem aus dem Staatsdienst scheiden. Neben dem hohen Alter von 76 Jahren soll nach demselben Blatt die ablehnende Entscheidung des Kaisers gegen das zur Prämierung vorgeschlagene Sybelsche Werk „Die Begründung des deutschen Reichs“ den Anlaß gegeben haben.

* **Aus Ostpreußen, 10. Jan.** Der konservative Rechtsanwalt Schimmelpfennig in Heinrichswalde, der in Altkirch zur Zeit der Wahlen mit einem freisinnigen Amtsrichter wegen eines politischen Konflikts ein Pistolenduell hatte und dabei schwer verwundet worden war, war schon während seiner Krankheit als „Märtyrer der guten Sache“ Gegenstand zärtlicher Besorgnis seiner politischen Freunde. Auch der Oberpräsident erkundigte sich häufig telegraphisch nach seinem Befinden. Nach einer Mittheilung der „Danz. Ztg.“ ist Schimmelpfennig jetzt Regierungsrath geworden.

W.B. **Hamburg, 11. Jan.** Senator O'Swald feierte heute sein 2-jähriges Jubiläum als Senator, wozu ihm viele Ehrenbeiden und zahlreiche Glückwünsche dargebracht wurden. Vom Kaiser war ein telegraphischer Glückwunsch eingetroffen.

Permisches.

† **Aus der Reichshauptstadt, 11. Jan.** Mit der Gewerbeausstellung 1896 beschäftigte sich am Mittwoch die Generalversammlung des Vereins für deutsches Kunstgewerbe in Berlin, welcher gegenwärtig 1222 Mitglieder zählt, und nahm schließlich einstimmig folgende Resolution an: „Getreu den Beschlüssen des Weimarer Verbandstages beschließt der Verein für deutsches Kunstgewerbe in Berlin einstimmig den Plan des Verbandes der deutschen Kunstgewerbe Vereine, eine deutsche Kunstgewerbe-Ausstellung im Anschluß an die Berliner Gewerbe-Ausstellung 1896 zu veranstalten und sichert der Berliner Gewerbeausstellung seine thätigste Unterstützung zu.“

Ueber den entsetzlichen Selbstmord eines Arztes werden jetzt noch folgende Einzelheiten berichtet: Ein junger praktischer Arzt, der einer angesehenen bayerischen Familie angehörende erste Assistenzarzt des Krankenhauses zu Nürnberg Dr. med. Ferdinand Gutmann, hat sich, wie schon gemeldet, am Mittwoch Nachmittag in Berlin getödtet. Ueber die näheren Umstände, unter denen der 27-jährige junge Arzt aus dem Leben schied, wird gemeldet: Gutmann, der im Auftrage der bayerischen Regierung zwecks weiterer Ausbildung in Berlin sehr eifrig der medizinischen Studien oblag, bewohnte im Erdgeschoß des Hauses Luisenstraße 9 ein möblirtes Zimmer. Als Mittwoch Nachmittag seine Wirthin, eine Frau L., sein Zimmer aufsuchte, fand sie ihn auf dem Sopha als Leiche vor. Auf einem Fessel, den er auf den Tisch niedergelegt hatte, theilte er mit, daß er sich mittelst Morphium vergiftet habe, gab auch als Grund traurige Familienverhältnisse an. Der junge Arzt hatte aber nicht bloß Gift genommen; denn der Fußboden seines Zimmers war in eine Blutlache umgewandelt worden. Mit Hilfe eines Seziermessers hatte er sich die rechte Gesichtseite von der Stirn bis zum Auge und dann den rechten Unterkiefer aufgeschnitten, so daß die Knochen bloßgelegt waren. Darauf hatte er einen tiefen Schnitt in die rechte Seite seines Halses geführt und sich endlich die Pulsadern an beiden Handgelenken durch Kreuzschnitte geöffnet. Von anderer Seite wird gemeldet: Der junge Arzt war morphiumföchtig, wodurch sich sein gewaltsamer Tod erklärt. Seit Dienstag Nachmittag hatte er sich in seinem Zimmer eingeschlossen, das Mittwoch Nachmittag von der Polizei geöffnet wurde. Man fand ihn tot in seinem Blute vor; er hatte sich mit einer Aderlappenzette die Hauptadern am Kopf, Hals, Händen und Füßen, insgesamt an vierzehn Stellen, geöffnet und ist so verblutet. Auf dem Tische vor dem Verstorbenen stand ein halb mit Morphiumlösung gefülltes Glas. Auf einem Fessel hatte der Selbstmörder geschrieben: „Ich habe mich vergiftet um 4 1/2 Uhr.“ Ein Schreiben an seinen Vater, den Bankier L. in der Anhaltstraße, macht lebhafte Bestimmungen über seine Hinterlassenschaft. Schließlich hatte G. noch einige Zeilen an seine Mutter, eine 60-jährige in Nürnberg wohnende Wittwe, geschrieben. Dr. G. war verlobt und wollte sich Ende April d. J. verheirathen.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 11. Jan. Laut Mittheilung des Oberkommandos der Marine ist S. M. Abt. „Mits“, Kommandant Korvetten-Kapitän Gr. v. Baudissin, am 11. Januar in Vinsog eingetroffen und will am 18. Januar nach Shanghai gehen.

Wien, 11. Jan. Durch die von der serbischen Regierung in der Obrfrage abgegebenen und heute schriftlich fixirten Erklärungen wurden die von österreichisch-ungarischer Seite zu den letzten Vorschriften Serbiens gemachten Gegenbemerkungen vollständig angenommen; die Meinungsverschiedenheit bezüglich der Obrsteuer wird somit als erledigt betrachtet.

Wien, 11. Jan. Der Erzherzog Karl Ludwig genehmigte als Protektor der Geographischen Gesellschaft die Bitte des Präsidiums, den Erzherzog Franz Ferdinand in Anerkennung der anlässlich der Weltreise erworbenen hervorragenden Verdienste um die Förderung der Ethnographie und Geographie in einer Festversammlung zu ehren. — Das „Fremdenblatt“ erklärt auf Grund authentischer Informationen die Meldung eines Wiener Blattes von bevorstehenden großen Personalveränderungen im Heere, sowie der angeblichen Durchföhrung einer Art von Verjüngungsprozesse in den höheren Befehlshaberstellen durch Pensionierung mehrerer Korpskommandanten z. in ihren Voraussetzungen und Folgerungen für durchaus unbearbeitet.

Troppau, 11. Jan. Der Kardinal Fürstbischof Kopp aus Breslau hat für den Bahnbau Barzdorf-Blindewiese 50 000 Gulden gesendet und das zum Bahnbau nötige Terrain, soweit es Eigentum des Breslauer Bisthums ist, unentgeltlich abgetreten.

Ancona, 11. Jan. In der letzten Nacht plagte vor dem Kasino Dorico eine mit Revolverpatronen gefüllte Wüchse, ohne bedeutenden Schaden anzurichten. Auch an anderen Punkten der Stadt plagten Petarden.

Petersburg, 11. Jan. Dem Regierungsboten zufolge ist die Cholera-Epidemie in den Gouvernements Simbirsk und Orel erloschen. — Die Akademie der Wissenschaften sprach in diesem Jahre zur Vertheilung kommende Prämien für wissenschaftliche Leistungen zu: Dem Generaladjutanten Greig, dem Professor an der Moskauer Universität Dr. Jankulow, dem Generalleutnant Helmerfen und dem Geologen Dr. Sotolow. Die zum Gedächtniß Karl Bars gestiftete Medaille für große wissenschaftlich wichtige Spenden an die Museen und Bibliotheken der Akademie wurde dem Direktor

der Kommandor-Inseln, Grebnitzky, zugesprochen. Zum Ehrenmitglied der Akademie wurde unter Anderen Finanzminister Witte gewählt. Ferner wählte man zu Ehrenmitgliedern den Reichskontrolleur Filippow, die Professoren Bringsheim und Wommen in Berlin und Louis Pasteur in Paris; zu korrespondierenden Mitgliedern außer zahlreichen russischen Gelehrten die Professoren Joseph Miller (Turin), Otto Ribbeck und Karl Brugmann (Leipzig), Georg Hoffmann (Kiel) sowie Baron Wladimir Tiefenhausen, Mitglied der kaiserlichen archäologischen Kommission.

Paris, 11. Jan. Bailant weigerte sich gestern nach seiner Verurtheilung zum Tode Berufung gegen den Wahrspruch der Geschworenen einzulegen. Wie es heißt, habe er den Geschworenen gedankt, da er den Tod lebenslänglichem Zuchthaus vorziehe. Bailant wird heute in das Zellengefängnis abgeführt werden. Die republikanischen und konservativen Blätter stimmen dem Wahrspruch der Geschworenen zu.

Paris, 11. Jan. [Deputirtenkammer.] Bei der heutigen Präsidentenwahl wurde Dupuy mit 290 von 357 abgegebenen Stimmen wieder zum Präsidenten gewählt. Zu Vizepräsidenten wurden wiedergewählt die Abgeordneten de Mahy, Faure, Etienne und Rodroy.

Telephonische Nachrichten.

Eigener Fernsprechkreis der „Vol. Ztg.“

Berlin, 12. Januar, Morgen.

Die Stadtverordneten-Versammlung genehmigte gestern mit 66 gegen 52 Stimmen den Antrag des Magistrats, betreffend die Verbreiterung der Königstraße auf der Südseite.

Bei der gestern in Neustadt stattgehabten Landtags-ergänzungswahl wurde für den Kreis Doppel an Stelle des Pfarrers Citrinowsky der Rittergutbesitzer Delop (Centrum) gewählt.

Der Dampfer „Emil“ der deutsch-ostafrikanischen Linie gilt, wie aus Hamburg gemeldet wird, für verloren. Bei Durban wurden von dem Dampfer Brackstücke ans Land getrieben.

Das Gerücht von Kossuths Tode ist nach Wiener Meldungen vollständig unbegründet.

Der verhaftete Priester Concitto Urso ist nach Palermo gebracht worden. Wie in Rom verlautet, sind Anzeichen vorhanden, daß zwischen de Felice und Urso ein Einverständnis über die revolutionäre Agitation auf Sicilien bestanden habe.

Der zum Tode verurtheilte Dynamitard Bailant wird auf Anrathen seines Vertheidigers nun doch gegen das Urtheil Berufung einlegen, damit aber bis zum letzten zulässigen Termin warten. Der Verurtheilte wurde ohne Zwischenfall in das Gefängnis La Rochette eingeliefert.

Im englischen Unterhause kündigte der Parlamentssekretär Mavoribancs an, Gladstone werde am Freitag beantragen, daß nach der dritten Lesung der Kirchspielratsbill das Unterhaus sich bis zum 12. Februar vertage.

Das Exekutivkomitee der Weltausstellung zu Chicago weigerte sich die Entschädigungsansprüche der bei der Feuersbrunst Geschädigten anzuerkennen.

Meteorologische Beobachtungen an Potsdam in Januar 1894.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. mm.	Wind	Wetter	Temp. i. Cel.
Stunde	66 m Seehöhe			Gr.
11. Nachm. 2	768,4	SD frisch	zieml. heiter	-4,3
11. Abends 9	768,5	SD mäßig	heiter	-9,4
12. Morgs. 7	767,7	D leicht	zieml. heiter	-12,6

Am 11. Jan. Wärme-Maximum — 4,3° Cel.
Am 11. = Wärme-Minimum — 10,5°

Fonds- und Produkten-Börsenberichte.

Fonds-Berichte.

* **Berlin, 11. Jan.** [Zur Börse.] Der hiesige Platz war nur mit einer gewissen Abneigung den von Wien aus gegebenen Anregungen zur Haufe gefolgt, zum mindesten hielt er die rasche Aufwärtsbewegung, die in Wien bestiet wurde, nicht für angebracht. So lange Wien auch hier seinen Bestrebungen für eine steigende Richtung durch starke Käufe in vielen Gattungen von Werthen, auch in Montanpapieren Nachdruck gab, war jeder Widerstand seitens der hiesigen Spekulation vergeblich. Seit wenigen Tagen haben solche Käufe nachgelassen, heute fehlten sie ganz. Vielleicht erschauern die Geldverhältnisse an der Donau jetzt nicht mehr in so günstigem Lichte wie bisher und mögen zur Vorsicht mahnen, auch mag die Wiener Spekulation am hiesigen Geldmarkt nicht mehr die offene Hand wie früher finden und deshalb ihrem Schnellgang Inhalt zu thun genöthigt sein. Hier bestimmt die Erhöhung des Privatdiskonts, worüber wir an anderer Stelle sprechen. Wir sprachen schon in dem letzten Wochenbericht und in einzelnen Ausführungen über den Geldmarkt und die Reichsbank die Ansicht aus, daß keine starke Senkung des Privatdiskonts eintreten würde. In der Ungunst der Auffassung, die heute vorherrschte, wurde größeres Gewicht wieder auf die Börsensteuer gelegt und man sprach von einem Gampfschen Antrag auf eine Verdreifachung der Börsensteuer und eine Erhöhung des Emissionssteuers für die Obligationen auswärtiger Gesellschaften. Die matte Haltung der italienischen Werthe machte ebenfalls einen schlechten Eindruck. Die heutige Notiz ist die niedrigste seit dem Beginn des Rückgangs. Hauptächlich wurden Banknoten der unfreundlichen Tendenz in Umlauf gebracht. Der Montanaktienmarkt bot heute nicht das geringste Interesse. Der Verkehr in den hierher gehörigen Werthen bewegte sich in den engen Grenzen, wobei die Courzentwicklung der allgemeinen Börsenstimmung Rechnung tragen mußte.

* **Vom Geldmarkt.** Der Privatdiskont rückte heute um 1/4 Proz. hinauf und notirte 3/4 Proz. Die Nachfrage der Provinz war zurückhaltend vor der Herabsetzung der Rate der Reichsbank, weil man erwartete, daß der Privatdiskont dadurch eine stärkere Senkung erfahren werde. Heute drängte sich aber das Angebot von Diskonten an den Markt, weil diese Vorauslegung nicht eingetroffen war; deshalb die wesentliche Steigerung des Sages. N.-Z.

Breslau, 11. Jan. (Schlußkurs.) Schwach. Neue 3proz. Reichsanleihe 86,20, 3 1/2 Proz. L.-Anl. 97,75, Konso. Türken 22,85, Türk. Loose 93,50, 4proz. unq. Goldrente 95,90, Bresl. Diskontobank 97,00, Breslauer Wechselbank 94,20,

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von B. Deder u. Co. (H. Hupel) in Posen.